

Ehrenrettung der Gießkanne

von Mansour Alam

**Weg mit der Gießkanne -
Was Familien in der Corona-Pandemie
wirklich brauchen**

stiftung
grund-
einkommen

Ehrenrettung der Gießkanne

Unsere Überschriftensammlung zeigt: Die Gießkanne hat es als unschuldiges Gartenwerkzeug zum sozialpolitischen Staatsfeind Nr.1 gebracht. Wo immer unbürokratische und schnelle sozialpolitische Lösungsvorschläge gemacht werden, wird der Verdacht erhoben, Politik „mit der Gießkanne“ zu machen. Doch was hat die arme Gießkanne verbrochen, um zum verteilungspolitischen Feindbild zu werden?

Kommt die Definition der Gießkanne noch ganz unverdächtig aus der Gartenabteilung – „Kannenförmiges Gefäß mit einem Rohr zum Begießen von Pflanzen“ –, wechselt man mit der Duden-Suche nach

dem Gießkannenprinzip rhetorisch in die Sozialpolitik: „Für die Verteilung von etwas getroffene Regelung, nach der jeder Empfänger, jeder Bereich in gleicher Weise mit etwas bedacht wird ohne Berücksichtigung der unterschiedlichen Verhältnisse“. Der Arena-Wechsel zeigt: Die bedauernswerte Gießkanne ist offenbar in eine politische Fehde geraten. An ihr entfacht sich heute mehr denn je eine Grundsatzdebatte über die Ausgewogenheit von Sozialpolitik. Zeit, die Schuldigkeit der Gießkanne zu überprüfen.

Was heißt es, Politik mit der Gießkanne zu machen?



Das Gießkannenprinzip beschreibt im Kern universalistische Verteilungsprozesse, im Zuge derer anstelle von gezielten Transferleistungen pauschale Leistungen ohne vorangehende Prüfung von individueller Bedürftigkeit oder Anspruchsvoraussetzung gewährt werden. Mit Universalismus tut sich der deutsche Sozialstaat jedoch schwer – widersetzt dieser sich doch dem seit Bismarck geltenden Äquivalenzprinzip, das staatliche Unterstützungsleistung an den zuvor geleisteten und säuberlich dokumentierten Sozialversicherungsbeiträgen bemisst. Setzt das deutsche Sozialsystem also traditionell auf streng anspruchsprüfte Transferleistungen, dient die Gießkanne im politischen Diskurs gern als abschreckendes Beispiel unausgewogener Verteilungspolitik.

Und doch: Obwohl auch heute kaum eine sozialpolitische Initiative ohne die obligatorische Gießkannen-Mahnung auskommt, finden universalistische Elemente zunehmend Einzug in Gesetzgebungsprozesse.

Ist die Gießkanne so schlecht wie ihr Ruf?

Tatsächlich ist zu beobachten, dass bei der Gestaltung von Sozial- und Familienleistungen vermehrt von Anspruchsprüfungen abgesehen wird. Die Fragen, entlang derer staatliche Transferleistungen traditionell konzipiert sind – wem stehen Leistungen unter welchen Bedingungen zu –, treten vielerorts in den Hintergrund und weichen pragmatischen Überlegungen darüber, wie Unterstützungsleistungen möglichst effektiv breite Wirkung entfalten können. An die Stelle aufwändiger, bürokratischer Prüfungen treten pauschale und einfacher zugängliche Maßnahmen, die kurzfristige Entlastungen priorisieren und dabei im Zweifel auch Einbußen in der Zielgenauigkeit der Transfers in Kauf nehmen. So drängt sich die Frage auf:

Werden wir Zeuge einer schleichenden sozialstaatlichen Revolution?

Zumindest zeigt sich in dieser krisengebeutelten Zeit, dass zur Abfederung sozialer Schieflagen die Axt auch an grundlegende Prinzipien unseres Sozialsystems angelegt wird. Was zu Beginn der Corona-Pandemie in Form vereinfachter Zugänge zu Unterstützungsleistungen zu beobachten war, schlägt sich aktuell auch in langfristig angelegten policies der Sozial- und Familienpolitik nieder. So sprach die scheidende Familienministerin Anne Spiegel von einem „Paradigmenwechsel“ in Form der Kindergrundsicherung, die künftig zahlreiche undurchsichtige Regelungen bündelt

und auf vereinfachte Zugänge und garantierte Absicherungsleistungen setzt. Im Bereich Bildung und Forschung verdeutlicht auch die BAföG-Reform ein Leitbild der bedingungsärmeren und unbürokratischen Förderung. Und in der Ablösung von Hartz IV durch das geplante Bürgergeld stehen die Zeichen mit dem für die Übergangszeit beschlossenen Sanktionsmoratorium sowie der Erhöhung von Schonvermögen ebenfalls auf Neuregelungen aus dem Kompetenzbereich der Gießkanne.



Hier wird deutlich: Um dem Anspruch der selbsternannten Fortschrittskoalition gerecht zu werden, macht die Regierung auch

vor grundlegenden sozialstaatlichen Prinzipien nicht halt. Mit den krisenbedingten Testläufen der Gießkanne ist man dabei offenbar so zufrieden, dass ihr Einflussgebiet stetig erweitert wird.

Erleben wir also eine Rehabilitation der Gießkanne?

Für die Gießkanne gibt es vorerst dennoch keine Entwarnung. Der aktuell debattierte Energiekosten-Zuschuss verdeutlicht ihren weiterhin schweren Stand: Zwar setzt auch das beschlossene Konzept zur Entlastung der Bürger:innen durch bedarfsungeprüfte Pauschalleistungen auf universalistische Maßnahmen. Von ih-

rem schlechten Ruf vermag es die Gießkanne dennoch nicht zu befreien, im Gegenteil. Wo kurzfristig wirkende und unbürokratische Hilfen gefordert werden, wo die Effektivität der Unterstützungsleistungen Vorrang vor der Überprüfung ihrer individuellen Anspruchsberechtigung erhält – überall dort also, wo nach der Gießkanne verlangt wird –, wird sie gleichzeitig rhetorisch als abschreckendes Symbol genutzt, um den Verdacht unseriöser Verteilungspolitik von sich zu weisen. Quer durch die Lager werden Vorstöße politischer Mitbewerber:innen als Gießkannen-Politik abgetan und eigene Konzepte von ihr distanziert. Verbände wie Mandatsträger:innen loben den Beschluss eines pauschalisierten und einkommensunabhängigen Energiegeldes – und warnen doch dringlichst davor, im weiteren Vorgehen Politik mit der Gießkanne zu machen. Wüsste man nicht besser um das Unrecht, das der Kanne widerfährt, man wollte ihnen zurufen:

Vorsicht vor Rhetorik mit der Gießkanne!

Zur Ehrenrettung des im kommenden Frühling wieder besonders wichtigen „kannenförmigen Gefäß mit einem Rohr zum Begießen von Pflanzen“, schulden wir dem Begriff spätestens in Anbetracht seiner realpolitischen Bewährung eine differenziertere Betrachtung. Die Gießkanne ist für sich kein politisches oder gar ideologisches Werkzeug. So wie sie in der Gartenarbeit bei ausgewogener Nutzung zum Erblühen der begossenen Pflanzen führen kann, hält sie auch für die Sozialpolitik ein Instrumentarium bereit, auf das im Angesicht krisenbedingter wie systemischer Herausforderungen aktuell zu Recht zurückgegriffen wird, um mindestens kurzfristig Entlastung zu bieten.

Die Umsetzung zeigt: Was die Gießkanne bietet, ist kein politischer Selbstzweck, sondern eine Ergänzung gezielter und anspruchgeprüfter Maßnahmen, deren absichernde Wirkung speziell in Krisenzeiten nicht schnell genug und nicht ausreichend dort ankommt, wo sie gebraucht wird. Dass Ausgewogenheit auch hier der Schlüssel ist, dürfte allen Beteiligten auch ohne fortlaufende Abschreckungskampagne klar sein. Denn nicht der Wirkmechanismus der Gießkanne selbst ist politisch motiviert, sondern ihre Instrumentalisierung als politischer Kampfbegriff. Übernehmen wir die realpolitisch bereits umgesetzte Ausgewogenheit nun auch in den rhetorischen Diskurs, steht einer Ehrenrettung der Gießkanne nichts mehr im Wege.



Die Stiftung Grundeinkommen gGmbH ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Thinktank mit Sitz in München. Sie untersucht interdisziplinär und anwendungsorientiert die Wirkungsweise und Umsetzbarkeit von Grundeinkommen. Die Ergebnisse bringt die Stiftung als Impulse in gesellschaftliche Debatten ein und diskutiert sie mit Akteurinnen aus Wissenschaft, Politik, Wirtschaft und Zivilgesellschaft.

www.stiftung-grundeinkommen.de



Diese Publikation ist als PDF auf der Projektwebsite unter einer Creative-Commons-Lizenz verfügbar. Gemäß der Lizenz ist das Kopieren und Verbreiten der Publikation nur in ihrer Gesamtheit erlaubt und nur sofern Stiftung Grundeinkommen als Urheber genannt und die Publikation für nicht-kommerzielle Zwecke verwendet wird. Grafiken und Abbildungen dürfen nicht getrennt von der Veröffentlichung verwendet werden.

Stiftung Grundeinkommen gGmbH
Ohmstraße 13
80802 München
Deutschland
Tel.: 089-244 16 47 21
info@stiftung-grundeinkommen.de
www.stiftung-grundeinkommen.de
Veröffentlicht im April 2022

V.i.S.d.P.: Mansour Aalam
c/o Stiftung Grundeinkommen
Ohmstraße 13
80802 München
Deutschland

Layout: Abc&D München